

## Kritisch-konstruktiv, bitte!

Im Vorfeld unseres letzten Landesparteitages (LPT) im Dezember standen viele Befürchtungen im Raum, nicht unberechtigt, merke ich an. Konstruktive Wahlauswertung Ja/Nein, Personaldebatten, um Schuldige für die Wahlniederlage zur Landtagswahl zu finden, und, und, und. Zur Beruhigung trug nicht bei, was einzelne Kreisvorstände unserer Partei angestoßen hatten: Das Vorziehen des neuen LPT vom April auf den Februar 2020. Begründung: Man könne mit dem personellen Neuanfang, gemeint war der neue Landesvorstand, nicht mehr bis April warten, die Wahlauswertung müsse schneller erfolgen und dürfe nicht noch bis April auf den LPT warten. Die Mitgliedschaft wolle schließlich zur Wahlauswertung diskutieren. Dass die Mitgliedschaft, in meinen Augen, aber nicht nur aus den Delegierten des LPT, sondern auch aus allen Mitgliedern in unseren Basisstrukturen besteht, haben die Fürsprecher für das Vorziehen des LPT wohl ausgeblendet. Denn es hat mitnichten schon in allen Parteistrukturen eine abschließende Wahlauswertung stattgefunden. Zum Zeitpunkt der Abstimmungen über das Vorziehen des LPT hatten sogar noch nicht einmal alle Kreisverbände ihre Delegierten für den neuen LPT gewählt! In meinen Augen ist das Vorziehen des LPT also alles andere als ein hilfreicher und sinnvoller Beitrag zur Wahlauswertung. Aber gut, mithilfe des Minderheitenrechtes ist es nun zum Vorziehen gekommen. Das ist zu akzeptieren. Aber der Argumentation, es habe bisher eine zu geringe Wahlauswertung stattgefunden, widerspreche ich energisch! Wir als Kreisvorstand befassten uns in mehreren Sitzungen mit dem Thema. Wir tagen immer parteiöffentlich, Mitglieder sind oft bei unseren Sitzungen dabei und haben auch zum Thema Wahlauswertung an unseren Beratungen teilgenommen. Mario Dannenberg als stellv. Landesvorsitzender war bei einer unserer Vorstandssitzungen und wertete ebenfalls mit uns zusammen die Landtagswahl konstruktiv-kritisch aus. Anja Mayer hat als unsere Lan-

desvorsitzende ein mehrere Seiten umfassendes Papier zur Wahlauswertung verfasst und uns allen in der Partei zur Diskussion gestellt. Das Papier war bereits, in Auszügen, auch Thema in dieser Zeitung. Es gab für unseren, wie auch für alle anderen Kreisverbände, regionale Zusammenkünfte, auf denen die Mitgliedschaft die Wahlergebnisse diskutierte. Unsere Region traf sich in Potsdam, rund 30 unserer Kreisverbandsmitglieder fuhrten dort hin und brachten sich ein. Auf unserer Gesamtmitgliederversammlung Ende November 2019 in Luckenwalde waren das Wahljahr, und damit die Landtagswahl vom Sep-



Felix Thier (r.), zusammen mit Isabelle Vandré und René Wilke im Arbeitspräsidium des Landesparteitages (Foto: DIE LINKE, Brandenburg)

tember, ebenso intensiv behandeltes Thema. Wortbeiträge in der dortigen Debatte zeugen davon. Man kann also nicht behaupten, es habe kaum Wahlauswertung stattgefunden. Diese Ausführungen und die vorher geschilderten Zusammenhänge lassen erahnen, mit welcher Stimmung man als Delegierter zum LPT am 14.12.2019 fuhr. Es herrschte zu Beginn eine angespannte Atmosphäre. Ich selbst suchte das Gespräch mit einigen Mitgliedern jener Kreisverbände, die uns das Vorziehen des LPT »beschert« hatten. Ich stieß auf eine mich überraschende Unklarheit, stellenweise gar Gleichgültigkeit, und geringes politisches Gespür für das durch das Vorziehen des LPT nach außen hin vermittelte Bild unserer Partei. Aber gut, das war meine zwischenmenschliche Erfahrung zu diesem LPT ... Zu loben sind ausdrücklich die LPT-Reden unserer beiden Landespar-

teivorsitzenden, Anja Mayer und Diana Golze. Die eine sprach mehr fundiert-sachlich, die andere emotionalisiert – Arbeitsteilung, gut so. Die Abteilung Attacke und Aufbruch übernahm mit seinem Redebeitrag unser neuer Landtagsfraktionsvorsitzender, Sebastian Walter. Ich war begeistert: Fulminant und kritisch-konstruktive Oppositionsarbeit versprechend, sage ich da nur! In allen Reden, auch der Delegierten in der Generaldebatte, wurden Probleme benannt, klare Worte für mögliche Ursachen der Wahlniederlage gefunden. Die Beiträge waren deutlich und progressiv und es wurden keine »Köpfe« gefordert. Deutliche Kritik wurde zum Vorziehen des LPT ausgesprochen. Im Vorfeld zu diesem Dezember-LPT wurde viel befürchtet, wahrnehmbar war auf der Tagung jedoch ein gemeinsames Streben nach Aufbruch. Die Reihen wollten, für mein Empfinden, die allermeisten schließen – unsere auf nur noch zehn Köpfe reduzierte Landtagsfraktion braucht eine hinter ihr stehende Landespartei mehr denn je! Klar ist: Auch nach dem Dezember-LPT, auch auf dem Februar-LPT ist die Wahlauswertung nicht abgeschlossen, kann sie auch gar nicht sein. Dafür müssen wir viel zu sehr nicht nur in die eigene Partei schauen, sondern auch die gesellschaftlichen Eruptionen, vermittelt durch das Landtagswahlergebnis, wahrnehmen, ihnen begegnen und den Menschen Perspektiven bieten. Und das sind verständliche, nachvollziehbare und auf die Probleme der Brandenburgerinnen und Brandenburger ausgerichtete Lösungen. Personalwechsel bringen da in unseren (eigenen) Reihen nichts – Selbstbeschäftigung hat noch nie geholfen – wenn die Notwendigkeiten für das inhaltliche Arbeiten und deren Aufgaben nicht erkannt und berücksichtigt werden. Wir müssen und sollten das Rad nicht neu erfinden. Aber das es in unserer Partei und im Land anders laufen muss, ist hoffentlich allen klar.

Felix Thier, Luckenwalde



### Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

eigentlich war hier schon meine Kolumne zum NATO-Maßstab Defender 2020 gesetzt. Aufgrund der Ereignisse in Thüringen habe ich mich jedoch entschieden, den Beitrag zu ändern.

FDP und CDU haben in ihrem Hass auf DIE LINKE und Ministerpräsident Bodo Ramelow im Schulterschluss mit der AfD in Thüringen dafür gesorgt, dass es nun erstmalig einen Ministerpräsidenten von Nazis Gnaden gibt. Egal, ob mit Faschist Höcke und Co. abgesprochen oder nicht – FDP und CDU haben dafür gesorgt, dass ein FDP-Mann, der mit seiner Partei gerade mal mit etwas über 70 (!) Stimmen über der 5%-Hürde knapp in den Landtag einzog, nun den Ministerpräsidenten stellt und regieren will – ohne eigene Mehrheit! Denn FDP und CDU müssen nun sagen, ob sie jedes Gesetz, jeden Haushalt mit Höckes AfD durchbringen wollen.

Ganz im Gegenteil will eine übergroße Mehrheit der Menschen in Thüringen (aktuell etwa 60%) Bodo als ihren Ministerpräsidenten. Sich dann als FDP hinzustellen und mit eigenem Kandidaten das zu unterlaufen, widerspricht jedem demokratischen Verständnis.

**FELIX THIER**

Kreisvorsitzender

**VON ANKE DOMSCHEIT-BERG**

**IT-Sicherheit muss endlich einen höheren Stellenwert bekommen**



In den letzten Wochen häuften sich die Meldungen über lahmgelegte Stadtverwaltungen. In Städten wie Brandenburg an der Havel, Potsdam oder Stahnsdorf stehen Teile der IT still, weil die Kommunen Opfer eines Cyber-Angriffes wurden. Personal ausweise und Reisepässe können in Potsdam beispielsweise nur eingeschränkt ausgestellt werden, Geburts- und Sterbeurkunden derzeit überhaupt nicht. In Brandenburg

an der Havel sind dagegen Schulen und das Job-Center betroffen. Der Cyber-Angriff auf die Verwaltungen war möglich, weil es eine Sicherheitslücke in Programmen der Firma Citrix gibt. Citrix-Programme werden vor allem in Unternehmen und der Verwaltung dazu genutzt, Mitarbeiter:innen Heimarbeit zu ermöglichen. Diese und ähnliche Cyber-Attacken sorgen immer wieder für größere Ausfälle in der öffentlichen Infrastruktur und könnten zu einem Diebstahl der sensiblen Daten führen, die in der öffentlichen Verwaltung gespeichert sind.

Ende des letzten Jahres waren die Städte Frankfurt am Main und Bad Homburg aufgrund der Schadsoftware Emotet für einige Tage offline. Emotet macht auf dem Computer gespeicherte Daten unzugänglich, indem sie verschlüsselt werden, oder lädt andere Schadsoftware nach. So wurde das Kammergericht in Berlin gleich für mehrere Wochen durch Emotet arbeitsunfähig, wobei Daten gestohlen wurden. Ob sensible Daten wie Zeugenaussagen gestohlen wurden, ist noch unklar.



**BUNDESTAG UND KOMMUNE**

Diese Vorfälle zeigen, dass die öffentliche IT-Infrastruktur nach wie vor große Defizite im Sicherheitsbereich aufweist. Ursache sind die geringe Priorität, die der IT-Sicherheit in den Verwaltungen beigemessen wird. Mitarbeiter:innen sind häufig ungenügend geschult, es gibt zu wenig Verständnis für Sicherheitsprobleme und die personellen und finanziellen Ressourcen sind zu knapp, weswegen alte und sicherheitsgefährdete IT-Systeme immer noch im Betrieb sind. Die Folge ist, dass häufig elementare Sicherheitsvorkehrungen nicht ge-

troffen werden. Als netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag habe ich immer wieder auf diese Risiken hingewiesen. Auf allen politischen Ebenen muss IT-Sicherheit endlich einen höheren Stellenwert bekommen, um noch gravierendere negative Folgen zu vermeiden. Umfassende Forderungen der Linksfraktion zu Cybersicherheit haben wir zu Beginn dieser Legislaturperiode veröffentlicht. Auch auf der Bundesebene muss endlich mehr passieren, verbindliche IT-Sicherheitsstandards und eine Meldepflicht für Sicherheitslücken gehören dazu.

**Kontakt:**

**Anke Domscheit-Berg, MdB**  
Fraktion DIE LINKE.  
im Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030/227 731 07  
Telefax: 030/227 761 07  
E-Mail: [anke.domscheit-berg@bundestag.de](mailto:anke.domscheit-berg@bundestag.de)

**VON NORBERT MÜLLER**

**Auf jeden Topf passt ein Deckel – auch bei der Miete**

Kein politisches Thema hat Berlin im vergangenen Jahr so bewegt, wie das Herzensprojekt der dortigen LINKEN: Der Mietendeckel. Dieser friert die Mieten mit dem Stichtag 18. Juni 2019 ein und macht es Mieter\*innen sogar möglich, eine Mietsenkung einzuklagen, sollte die Miete mehr als 20 Prozent über den Mietobergrenzen liegen. Letztere sind abhängig vom Ausstattungsstandard. Eine Wohnung, die zwischen 1973 und 1990 gebaut wurde, hat beispielsweise eine Obergrenze der Nettokaltmiete von 6,04 Euro, sodass Mieter\*innen ab 7,28 Euro ein Recht auf eine Mietsenkung haben.

Große Teile der Immobilienbranche laufen Sturm gegen diese Bemühungen, mit ihr die bürgerliche Presse deutschlandweit – ein sicheres Zeichen dafür, dass dieser linke Vorschlag sein Ziel trifft. Ebenso viel Beachtung wie die Verabschiedung des Gesetzes in der letzten Januarwoche wird nun dessen Umsetzung bekommen. Denn klar ist: Die Mieten sind in den vergangenen Jahren nicht nur in Berlin explodiert.

**Rasanter Mietenanstieg im Speckgürtel**

Neben anderen Großstädten sind davon vor allem die Metropolregionen betroffen, damit auch der Berliner Speckgürtel. Egal ob Oranienburg, Bernau, Ludwigsfelde, Teltow oder Potsdam. Allen Städten gemein ist ein in den 1990er Jahren nicht vermutetes Wachstum. Diese Trendumkehr war mehr als willkommen, stellt die betroffenen Gemeinden und Städte jedoch vor immer größere Herausforderungen. So gehört Potsdam mittlerweile zu den zehn teuersten Wohnregionen ganz Deutschlands, gleichauf mit Hamburg, bei durchschnittlich 10 Euro/qm Kaltmiete.\* Noch düsterer sieht es bei Neuvermietungen und Neubauten aus. Und nachdem der Bestand quasi vollvermietet ist, wird es in den kommenden Jahren vor allem dieses Segment sein, das die wachsenden Städte untermauert.

**Auch Brandenburg braucht einen Mietendeckel**

Deutlich wird bei dieser kurzen Draufschau eines: bereits jetzt würde sich ein Mietendeckel nach Berliner Vorbild für viele Menschen lohnen. Als LINKE sind wir gut beraten, die Pionierarbeit unserer Genoss\*innen



**BUNDESTAG UND KOMMUNE**

aus Berlin auch ins Land zu tragen. Sicherlich gibt es in Brandenburg auch Regionen, die nach wie vor mit anderen Problemen wie Leerstand und innerstädtischen Brachen zu tun haben. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, geeignete Instrumente für die märkischen Wachstumsregionen zu entwickeln. Dazu gehört auch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft. Sie könnte einer anderen Berliner Erfahrung vorgreifen. Denn während in Berlin zurzeit einiges auf einen erfolgreichen Abschluss der Volksinitiative »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« hinausläuft, sind es in Brandenburg vor allem jene Wohnungsbaugiganten, die neue Quartiere entwickeln. Wer von diesen Bauherren jedoch Wohnraumlösungen für alle erwartet, ist auf

dem Holzweg. Gebaut wird vor allem für obere Einkommensschichten, was Verdrängungsprozesse, auch im Umland, eher beschleunigt als sie abzumildern. Eine öffentliche Wohnungsbaugesellschaft, die als Anstalt öffentlichen Rechts organisiert und ohne Gewinnabsichten rein kostendeckend verwaltet wird, hätte hier ganz andere Möglichkeiten. Der Markt bleibt einfach kein guter Gehilfe, wenn es darum geht, das Nötigste für alle zu verwirklichen. Als LINKE müssen wir für Politik und Gesellschaft Handlungsräume zurückerobern. Dafür lohnt sich auch der Blick nach Berlin.

*\*Grundlage dieser Berechnungen Neuvermietungen von Wohnungen, die ab 1949 fertiggestellt wurden.*

**Kontakt:**

**Norbert Müller, MdB**  
Fraktion DIE LINKE.  
im Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 03385/49 45 21  
Telefax: 03385/49 45 22  
E-Mail: [norbert.mueller@bundestag.de](mailto:norbert.mueller@bundestag.de)



## VON HELMUT SCHOLZ KLAUSUR DER LINKEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Die Delegation der LINKEN im Europäischen Parlament (EP) traf sich Mitte Januar zu einer Klausurberatung. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Verständigung über die strategische Aufstellung für das gerade begonnene Jahr 2020 in der 9. Wahlperiode (2019–2024). Zentrale Herausforderung für die Delegation als auch für die gesamte Partei, die Landesverbände und alle parlamentarischen Strukturen wird die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte ab dem 1. Juli 2020 sein, ein Begleiten regierungsseitig gesetzter Vorhaben aber v.a. auch das engagierte Einbringen eigener politischer Positionen und Vorschläge zu den europapolitischen Themenstellungen. Bisher liegen von der Bundesregierung noch keine substantiellen Informationen über deren Agenda für diese immerhin nur alle 14 Jahre stattfindende Präsidentschaft vor. Hier will DIE LINKE. im EP eine entschiedene Fortsetzung der Kohäsionspolitik und setzt auf koordiniertes Zusammenarbeiten mit der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen, um auf entsprechendes verantwortungsbe-



EUROPA UND KOMMUNE

wusstes Agieren der Bundesregierung im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen der EU zu drängen.

Noch während der kroatischen EU-Ratspräsidentschaft 2020 ist der Start der von der Europäischen Kommission angekündigten Konferenz »Zur Zukunft der EU« geplant. Das EP hat hier entscheidende Vorarbeiten zu Zielen, Formen und Methoden eines solchen über einen Zeitraum von zwei Jahren konzipierten umfassenden Dialogprozesses geleistet – und EU-Rat und Kommission sind gefordert, sich mit dem EP über das konkrete Format der Konferenz so schnell wie möglich zu einigen.

DIE LINKE muss sich dieser Chance stellen und selbstbewusst und konkret ihre europapolitischen Positionen unmittelbar und mittelbar

in die Konferenz einbringen. Wir sollten deshalb selbst die öffentliche gesellschaftliche Debatte intensivieren: In der Partei, mit NGO und Gewerkschaften, in den Schulen und Betrieben, mit Nachbarn und Freund\*innen. Welche EU wollen wir, welche Themen sind voranzubringen und inhaltlich wie strukturell auch zu entscheiden für eine soziale, friedliche, nachhaltige und solidarische EU. Die Konferenz muss sich den Defiziten europäischer Politik zuwenden. Unser Parteivorstand und andere Parteigremien sind aufgefordert, die Mitglieder zu ermutigen und zu befähigen, an diesen unterschiedlichen Formen des breiten Diskurses über die Zukunft der EU teilzunehmen. Die Delegation traf daher auf ihrer Klausur die Festlegung, den Debattenprozess der Konferenzen zur Zukunft der EU konstruktiv-kritisch zu begleiten, den Parteivorstand um Mobilisierung zur Konferenz(-teilnahme) zu bitten und sich weitere Verfahren der Konferenzbegleitung vor Ort (Versammlungen, Bildungsabende, ...) zu überlegen.

Abgeordnete und Mitarbeiter\*innen, auch aus allen regionalen Wahlkreisbüros, stellten zur Klausur fest: Grundsätzliches spiele immer mehr in die Tagespolitik hinein – und zunehmend sind konkrete, schnelle Antworten nötig. In Kenntnis und Berücksichtigung immer komplexer

werdender Entwicklungen und dann auch notwendiger Entscheidungen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht die neue Kommission als geopolitischen Akteur – die EU als globalen Akteur in der Weltpolitik. Was ist unsere Antwort darauf?

Beispielsweise im Bereich des internationalen Handels, in dem die EU die Entscheidungskompetenz von den Mitgliedstaaten erhalten hatte, sind heute viele Aspekte der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Umwelt- und Agrarpolitik abzubilden, gilt es Antworten auf Erfordernisse heutiger Produktionsweise in globalen Abhängigkeiten, miteinander verzahnter internationaler Lieferketten und unter Berücksichtigung informationstechnologischer und digitalisierter Abläufe neu zu formulieren, die nicht Abschottung, sondern Kooperation und faire und ethische Handelspartnerschaften erfordern.

Das Arbeitsfeld ist umfangreich. Wir sind und bleiben dran! Carpe diem!

### Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030/227 718 90

Telefax: 030/227 768 19

E-Mail: [wk@helmutscholz.eu](mailto:wk@helmutscholz.eu)

## VON ISABELLE VANDRÉ LINKE Opposition im Brandenburger Landtag

Zum Beginn des Jahres 2020 hat die Linksfraktion im Brandenburger Landtag ein 100-Tage-Programm vorgelegt. Der Schwerpunkt unserer Parlamentsarbeit wird auf der Sicherung der Öffentlichen Daseinsvorsorge liegen. Wir verfolgen das Ziel der Rückerlangung des Öffentlichen. D. h., dass wir uns nicht von Profitinteressen die Lebensbedingungen in diesem Land definieren lassen. Das gilt für das Grundrecht auf Wohnen genauso, wie für die Sicherung guter Arbeitsverhältnisse, die Priorisierung der Bildung und die Sicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur im ländlichen Raum. Insgesamt 17 Initiativen hat die Linksfraktion in ihrem 100-Tage-Programm zusammengefasst. Die

Palette der Forderungen reicht dabei von der Beitragsfreiheit der Schüler\_innenbeförderung in allen Landkreisen, über den Verkaufsstopp öffentlicher Flächen, über die Erarbeitung eines Grobkonzeptes für den sozialen Arbeitsmarkt, über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Pflege-Tariflöhnen, bis hin zu der Forderung, dass keine weiteren öffentlichen Gelder in den Bau des BER fließen. Die ersten Initiativen haben wir bereits im Januar in das Plenum eingebracht. Besonders wichtig war uns das Anliegen zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, den 8. Mai 2020 zum Feiertag zu erklären. Das würdige Gedenken an den von Nazi-Deutschland ausgegangenen Vernichtungskrieg, den Völkermord und die 60 Millionen Menschen, die grausam ihr Leben ließen, ist für uns gesellschaftliche Verantwortung. Der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion ergänzte: »Ein gesetzlicher Feiertag aus diesem Anlass wäre in



LANDTAG UND KOMMUNE

Zeiten von zunehmendem Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, von Verklärung und gar Leugnung der NS-Verbrechen, ein Signal in die Gesellschaft, aber auch an unsere Nachbarn: Wir Brandenburgerinnen und Brandenburger tun alles, damit sich so etwas nicht wiederholt! Es bleibt unverstänlich, dass die

CDU vor diesem Hintergrund meint, DIE LINKE stelle einen »politischen Showantrag«. Aber auch SPD und Grüne haben keine überzeugenden Argumente gegen unsere Initiative. Ja, die Zeit bis zum 8. Mai ist kurz. Aber: Im Rot-Rot-Grün regierten Berlin ist die Einführung des Frauentags (8. März) als gesetzlicher Feiertag auch erst Ende Januar 2019 beschlossen worden. Was also zählt, ist der politische Wille.«

### Kontakt:

Isabelle Vandré, MdL  
Fraktion DIE LINKE.  
im Landtag Brandenburg

Alter Markt 1  
14467 Potsdam

Telefon: 0331/9661533

E-Mail: [isabelle.vandre@linksfraktion-brandenburg.de](mailto:isabelle.vandre@linksfraktion-brandenburg.de)

Facebook: [facebook.com/isabelle.vandre](https://www.facebook.com/isabelle.vandre)



# Gegen das Vergessen

Am 27. Januar 1945 befreiten sowjetische Soldaten das Vernichtungslager Auschwitz. Was sie am Ort des Grauens mit seinen rund 50 Außenlagern vorfanden, überstieg jede menschliche Vorstellungskraft. Mehr als eine Million Menschen hatten die Nationalsozialisten dort seit der Befehlserteilung zur Errichtung des KZs durch Heinrich Himmler 1940 ermordet. Im Jahr 2005, zum 60. Jahrestag, erklärten die UN den 27. Januar zum Internationalen Gedenktag an die Opfer

des Holocaust. Inzwischen sind 75 Jahre seit der Befreiung vergangen. 75 Jahre. Erst 75 Jahre. Heute gibt es nur noch knapp 1.000 Zeitzeugen, die den Holocaust überlebt haben und von ihrem Martyrium berichten können. Ihr Erbe muss uns Verpflichtung sein und für die Nachwelt mit Gedenkveranstaltungen, Ausstellungen, Konzerten, Schriften, Kranzniederlegungen etc. erhalten werden. In Zeiten eines wiedererstarkenden Antisemitismus und eines bedrohlichen Rechtsrucks,

der durch Deutschland geht, ist die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und seinen Folgen wichtiger denn je. Die Beilage »sonntag« der MAZ vom 25./26. Januar 2020 setzt sich intensiv mit dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte auseinander, schreibt Marco Fenske, Chefredakteur RND. Sie will erinnern. Erinnern an das Grauen. Erinnern an die entsetzlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. An die politische Verantwortung. Eine ebenso schreckliche wie wichtige Zeitreise. Gegen das Vergessen!

**Maritta Böttcher**, Redaktion



## Gedenken in Zossen

Die Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht« (BI) gedachte gemeinsam mit der Bürgermeisterin und rund 80 Einwohnerinnen und Einwohnern am 27.1.2020 an die Opfer des Nationalsozialismus und den Holocaust. Treffpunkt waren die Stolpersteine der Familie Falk auf dem Marktplatz. Die Familie Falk wurde im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz ermordet. Jörg Wanke (Sprecher der BI) und die Bürgermeisterin Wiebke Schwarzweiler ergriffen das Wort. Sie zitierte den evangelischen Theologen Martin Niemöller: *»Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.«* Das Zitat gelte bis heute auf die von nachfolgenden Generationen immer

wieder gestellte Frage: *»Warum habt ihr damals nichts getan?«*. *»Lassen sie uns gemeinsam alles dafür tun, damit kein Mensch jemals wieder vor Antisemitismus und Rassismus Angst haben muss – nicht in unserer Stadt, nicht in unserem Land [...]«*. Die Teilnehmenden sangen zusammen ein Friedenslied und Hiltrud Preuß trug Auszüge aus dem Buch *»Der Apfelbaum«* des Schauspielers Christian Berkel vor. Auch die Worte einer Zeitzeugin, die an den Mut der Deutschen erinnerte, die damals Juden geholfen haben, waren sehr nahegehend. Nach einem kurzen Spaziergang wurde auch an den Stolpersteinen in der Berliner Straße dem Ehepaar Weinberg, gestorben nach der Deportation ins Ghetto Theresienstadt, und dessen Sohn, ermordet im KZ Auschwitz, gedacht. (Quellen: Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht«, Stadt Zossen)

**Max Reimann**, Zossen



## Ehrung in Jüterbog



Seit 2015 erinnern vier goldfarbene Steine im Gehweg an die furchtbaren Ereignisse im Jahr 1938. In der Nacht vom 9. auf den 10. November wurde in ganz Deutschland Jagd auf Juden gemacht, Synagogen in Brand gesetzt und jüdische Geschäfte und Einrichtungen zerstört. In der Mönchenstraße 33 in Jüterbog hatte die Familie des Schuhhändlers Albert Joel gelebt, die im Zweiten Weltkrieg ausgelöscht wurde. Albert Joel war noch jemand, der für das Kaiserreich 1918 in den Krieg zog und dann Mitte der dreißiger Jahre vom damaligen Bürgermeister und vielen Einwohnern der Stadt ausgegrenzt, ja teilweise auch weggetrieben wurde. Albert Noel sowie seine Frau Lina und die beiden Töchter Gisela und Thea flohen vor den Drangsalierungen in Jüterbog nach Berlin. Albert Joel starb in der Hauptstadt; seine Frau und Töchter wurden in Auschwitz ermordet. Die Geschichte in Jüterbog ist bezeichnend für zehntausende Familien. Ein solches

Verbrechen gegen die Menschheit darf nie wieder geschehen!

**Maritta Böttcher**, Jüterbog



▲ In Trebbin legten Mitglieder der LINKEN Blumen zum Gedenken nieder.



## NIE WIEDER KRIEG

Aus Anlass des Holocaust-Gedenktages und zu der ungeheuerlichen Tatsache, dass man dem Verein der Verfolgten des Naziregimes, VVN-BdA, die Gemeinnützigkeit aberkennen will, sprachen Genossin **Angelika Linke** (Text) und Genossin **Katharina Claus** (Foto) mit VdN-Genossin **Annelies Englert**. Sie erlaubte uns Einblicke in ihr bewegtes Leben, das viele Jahre von Angst und Verfolgung geprägt war.

### Genossin Englert, bitte erzähle uns doch von Dir:

Ich bin am 4. Oktober 1923 in Wallroda bei Radeburg geboren. Meine Eltern waren seit ihrer Gründung Mitglieder der KPD. Wir sind dann nach Reichenau bei Zittau gezogen, dort ging ich zur Schule. Im April 1933 wurde ich mit neun Jahren das erste Mal, einen Tag nach meiner Mutter, verhaftet. Mein Vater befand sich zu der Zeit in Tschechien in der Emigration. Jeden Tag wurde ich mit Bewachung zur Schule gebracht, danach wieder zurück ins Waisenhaus, um dort zu arbeiten.

### Wann durftest Du denn wieder nach Hause?

Weihnachten waren Mutter und ich wieder vereint, aber nicht lange. 1934 war Mutters nächste Verhaf-

tung. Nach ihrer Entlassung gelang Mutter und mir die Flucht nach Tschechien, wo wir einige Jahre in der Emigration lebten, ich weiter zur Schule gehen konnte und sogar einen Abschluss an der Handelsschule machte (der mutige Direktor dort hatte sich für mich verwendet). 1938 marschierten die Deutschen Truppen in Tschechien ein.

### Ihr wart nun in Gefahr?

Ja, durch die Gestapo wurde ich als 16-Jährige ein zweites Mal verhaftet. Einige Zeit nach meiner Entlassung heiratete ich, um meinen Namen zu ändern, einen Sudetendeutschen und hieß nun Neuhäuser. Mutter und ich hatten das Glück mit dem sogenannten Schukow-Transport 1941 (?) nach Heiligenstadt im Eichsfeld in Deutschland zu gelangen.

### Hattest Du über all die Jahre Informationen über Deinen Vater?

Mein Vater war 1934 wieder verhaftet und durchlebte furchtbare Stationen seines Lebens. Er verbrachte viele Jahre im Zuchthaus Waldheim in Sachsen, in Berlin-Plötzensee, im KZ Esterwegen an der holländischen Grenze («Die Moorsoldaten») und dann in einem Gefangenenlager in Tromsø in Norwegen. Dort wurde er 1944 erschossen.

Ein norwegischer Student nahm vor einigen Jahren Kontakt zu mir auf und berichtete von einem Projekt zur Pflege dieser Gräber, schickte mir Bilder vom Friedhof, den der Staat Norwegen angelegt hatte, und dem Grabstein meines Vaters. Das tat mir gut. Am liebsten würde ich einmal dorthin fahren ... Aber ich bin zu alt.

### Liebe Annelies, wie erging es Dir nach dem Ende des 2. Weltkrieges?

Ich lies mich scheiden, fand in Heiligenstadt in der Kreisleitung Arbeit und lernte dort auch meinen zukünftigen Mann, Louis Englert, kennen. Auch er hatte eine Zeit voller Entbehrungen hinter sich, verbrachte u. a. sechs Jahre im KZ Esterwegen. Seine Gesundheit war stark angeschlagen. Durch einen Tipp – die Luft wäre dort so gut – verschlug es uns Anfang der 1950er Jahre nach Ludwigsfelde. Dort kamen wir endlich zur Ruhe, wir heirateten, erwarben ein Häuschen. Louis starb 1997.

Ich selbst habe bis zum 13. August 1961 in Berlin beim Rundfunk gearbeitet, im Tiefbau Ludwigsfelde als Sekretärin und in der Personalabteilung. Viele Jahre war ich Schöffin am Kreisgericht Zossen und habe bis ins hohe Alter für unsere Partei die Beiträge kassiert.



VdN-Genossin Annelies Englert

### Dass Du immer noch an allem sehr interessiert bist, weiß ich von unseren Gesprächen ...

Was auf der Welt so alles passiert – davon ist vieles erschreckend, menschenverachtend. Aber ich bin sehr froh, dass es auch immer wieder Menschen gibt, die sich dagegen wehren. Ich hoffe, dass diese Leute nicht den Mut und die Kraft verlieren.

### Liebe Annelies, wir könnten uns noch ganz lange unterhalten, danke Dir für das heutige Gespräch und wünschen Dir persönlich alles Gute, viel Gesundheit und Lebensfreude.

Danke, ich lese auch immer noch die Zeitung. Nur die Knochen tun mir weh! Aber ich bin ja bald 97 Jahre.

## Würdigung in Luckenwalde

Der Stadtverband DIE LINKE. Luckenwalde legte am 27. Januar Blumen am Ehrenmal für die sowjetischen Soldaten auf dem Waldfriedhof und an der Gedenkstätte STALAG in Luckenwalde nieder. »Es darf nicht nur ein Gedenken in geschlossenen Räumen geben«, so unser Kreisvorsitzender, Felix Thier, »sondern es muss auch eine Ehrung im öffentlichen Rahmen geben, genug Möglichkeiten dafür gibt es in der Stadt Luckenwalde«. Die Neugestaltung des Ehrenhai-

nes am Stadtpark wird deshalb von allen mit Spannung erwartet, denn »wir haben die Tradition und setzen sie fort«. In Vorbereitung der Veranstaltungen zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung, hat unsere Partei bereits Kontakt zur Luckenwalder Bürgermeisterin Elisabeth Herzog von der Heide aufgenommen, um zur würdigen Gestaltung dieses Tages beitragen zu können.

**Sabine Gumpel**, Jüterbog



## Luxemburg-Liebknecht-Ehrung am 12. Januar in Berlin Friedrichsfelde

1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht heimtückisch von Freikorpsoldaten ermordet. Aber ihr revolutionäres Gedankengut ist bis heute lebendig geblieben. Deshalb besuchten auch in diesem Jahr Vertreter des Kreisverbandes

der LINKEN Teltow-Fläming die Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin Friedrichsfelde, um dort Blumen am Gedenkstein mit dem Schriftzug »Die Toten mahnen uns« abzulegen.

**Manfred Thier**, Luckenwalde



L E S E E U L E



## Wendezeit – Wertewechsel

Die 1989 dreizehnjährige Jana Hensel aus Leipzig beschreibt in ihrem 2002 erschienenen Rückblick »Zonenkinder« die »Wende«-Wirkung auf ihr Leben. »Nach und nach waren die ABC-Zeitungen der Kleinen von den Schulhöfen verschwunden und damit ... auch Manne Mummelauge, unser Freund mit Halstuch und Käppi, der uns ... immer Tipps gab, wie wir den Timurtrupp besser organisierten ... Er rief uns nicht mehr auf, für den inhaftierten Nelson Mandela und die Sandinisten in Nicaragua Altpapier und leere Schnapsflaschen zu sammeln ... Korbene Fröchtchen aus der FRÖSI ging nicht mehr mit mir in den Wald, um zu erzählen, welche Beeren wir essen durften und welche nicht.« ... die »Bravo« ersetzte die »Trommel«. »Von einem Tag auf den anderen war nichts mehr so wie einen Tag davor. Jana Hensel bezeichnet das als »Ende meiner Kindheit«, ohne dass sie schlagartig erwachsen geworden wäre. Aber Kinder sind in diesem Alter besonders flexibel, reagieren schneller auf Neues als ihre Eltern. »Wir waren nahezu die Einzigen, die nichts gegen unsere Eltern taten, ... Sie lagen ja schon am Boden, inmitten der Depression einer ganzen Generation, und wir, die wir mit viel Glück und nur dank unserer späten Geburt um ein DDR-Schicksal herumgekommen waren, wollten die am Boden Liegenden nicht noch mit Füßen treten. Die Geschichte der Wende hatte die Illusionen und Selbstbilder unserer Eltern zerstört und weggefegt. Ihnen war nichts mehr zu entreißen, das sie noch in Besitz gehabt hätten.« So manche Familie ist an dieser Zerreißprobe zerbrochen.

Jana Hensel resümiert, dass sie schon einiges an ihrem DDR-Leben nicht mochte, z. B. die »Erbsensuppe der Schulspeisung«, die »Reihenuntersuchung«, »PA und ESP«, »Fahnenappell« usw. ... Aber: »Ansonsten hatte ich mein bisheriges Leben so schlecht nun auch wieder nicht gefunden, dass gleich alles anders werden musste.« »Die Wende traf uns wie ins Mark ... Sie machte, dass sich alles um uns drehte. Wir waren zu jung, um zu verstehen, was vor sich ging, und zu alt, um wegzusehen, und wurden unserer Kindheitswelt entrissen, bevor wir wussten, dass es so etwas überhaupt gab.« Mit diesem Buch begab sie sich auf die Suche. »Ich möchte wieder wissen, wo wir herkommen, und so werde ich mich auf die Suche nach den verlorenen Erinnerungen und unerkannten Erfahrungen machen, auch wenn ich fürchte, den Weg zurück nicht mehr zu finden.«

Ein lesenswertes Buch, das zum Nachdenken über die »Wende«-Zeit und die 30 Jahre danach anregt.

**Ingrid Köbke**, Nuthe-Urstromtal

**Jana Hensel, Zonenkinder**  
Taschenbuch, Verlag rororo,  
176 Seiten, 12,00 Euro  
ISBN 978-3-499-23532-0



## Links sein bedeutet Handarbeit

Am 19. Januar waren Genossinnen und Genossen in Luckenwalde dazu aufgerufen, sich an einem »Neujahrsputz« in Luckenwalde zu beteiligen. Manfred Thier, Tom Siedenbergs und meine Wenigkeit übernahmen für eine Station die Verantwortung. So haben wir »an den Ziegeleien« allerhand Unrat, von klassischen Wegwerfartikeln wie Zigarettenschnapsflaschen und Pfand- sowie Glasflaschen, auch alte Kleidungsstücke, einen Koffer und Autoreifen gefunden. Über sechs Müllsäcke haben wir an diesem Vormittag in zwei Stunden, mit allem was der menschliche Haushalt so hergibt, gefüllt. Als einer der Initiatoren war es mir insbesondere an diesem Standort wichtig, mich für die Müllbeseitigung einzusetzen, weil Ortseingänge nicht nur eine Stadtgrenze markieren, sondern Reisenden auch einen ersten Eindruck über den Ort vermitteln. Unser Ziel ist es, durch solche Initiativen die Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren und dadurch einen Beitrag zum Umweltschutz zu

leisten. Geplant ist, dass wir solche Aktionen zweimal im Jahr durchführen. Den Spätsommer/Herbst visieren wir als nächsten Termin an.

Ich hoffe, ihr seid beim nächsten Mal auch mit dabei, wenn es heißt: Linkssein bedeutet Handarbeit. Oder vielleicht konnte ich euch sogar motivieren, ähnliche Aktionen in euren Gemeinden zu organisieren – ich unterstütze euch gerne!

**Martin Zeiler**,  
Luckenwalde



Tom Siedenbergs (links) Martin Zeiler (rechts)

## 4. Bürgerhaushalt der Stadt Luckenwalde

Die Luckenwalder Einwohner\*innen dürfen auch künftig beim Geldausgeben aus dem Stadthaushalt mitreden. 2012 beschloss die Stadtverordnetenversammlung auf Initiative des Finanzausschusses mit starker Unterstützung der Linksfraktion einen Bürgerhaushalt, der nun schon in die vierte Runde geht. Bewohner\*innen und Gäste der Stadt können Vorschläge unterbreiten, über die dann die Luckenwalder\*innen im Abstimmungsverfahren entscheiden. Es gibt keine Finanzgrenze, so dass auch Vorschläge, die etwas mehr kosten nicht ausgeschlossen sind. Offensichtlich ist das ein Grund für die hohe Beteiligung von sieben bis neun Prozent der Abstimmungsberechtigten seit 2012.

Erstmals sind alle ab dem vollendeten 10. Lebensjahr abstimmungsberechtigt. Deshalb gab es dieses Mal eine besondere Mobilisierungsphase von Januar bis zum Beginn der Vorschlagseinreichung. Mitglieder des Redaktionsteams, dem ich als Stadtverordneter der Fraktion DIE LINKE/BV angehöre, waren nicht nur mit Info-Ständen aktiv.

Vor allem den Schülerinnen und Schülern der 5. und 6. Klassen wurden der Sinn und

die Möglichkeiten eines Bürgerhaushaltes erläutert. Insgesamt erreichten wir über 340 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5-12 in direkten Gesprächen. Dazu gehörten auch 26 Klassensprecher der 9. und 10. Klasse der Oberschule, die über das Anliegen in ihren Klassen informierten.

Dabei wurden wir in unserer Auffassung bestätigt, dass man nicht nur von einer Kinder- und Jugendbeteiligung reden darf, sondern sie auch in die Praxis umsetzen muss.

Vom 11. bis 31. Mai 2020 können dann die Luckenwalder\*innen ab dem vollendeten 10. Lebensjahr über die Vorschläge abstimmen. Jede\*r hat fünf Stimmen. Das Abstimmungsformular gibt es im Internet und steht in Papierform bei der Pelikanpost, im Rathaus, Bibliothek im Bahnhof, Tourismusinformation und Geschäftsstelle DIE LUCKENWALDER zur Verfügung. Dort können die Abstimmungsblätter wieder abgegeben werden. Natürlich auch per Fax, Post oder per E-Mail. Wir hoffen auf große Beteiligung!

**Manfred Thier**, Stadtverordneter, Fraktion DIE LINKE/BV



## Nachgefragt: Alexander Fröhlich



Alexander wohnt in Blankenfelde, ist Politikwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter für den SPD-Landtagsabgeordneten Ortwin Baier. Er ist in einer Bürgerinitiative und einem Integrationshilfsverein ehrenamtlich aktiv und arbeitet seit Jahresanfang in der Linksblick-Redaktion mit.

*Um Dich war es in den letzten Jahren etwas ruhig geworden – wie kam das?* Ich war durch meine berufliche Tätigkeit als Büroleiter des Bürgermeisters von Blankenfelde-Mahlow stark eingespannt, was auch mit einigen monatlichen Abendterminen verbunden war. Zudem absolvierte ich eine Weiterbildung und engagierte mich intensiv in der Bürgerinitiative Mahlower Schriftstellerviertel für ein Nachtflugverbot am Flughafen

BER von 22 bis 6 Uhr und gegen den Ausbau dieses Flughafens. Seit zwei Jahren bin ich darüber hinaus im von mir mitgegründeten Blankenfelder Integrationshilfsverein »refugees and friends« aktiv. Viel Zeit und Luft für parteipolitisches Engagement blieb da nicht. Aufgrund unserer schlechten Ergebnisse bei Kommunalwahlen und Landtagswahl habe ich mich jedoch nun entschlossen, wieder stärker im Ortsverband mitzuarbeiten und die Arbeit unserer Fraktion in der Gemeindevertretung zu unterstützen. Derzeit entwerfe ich beispielsweise gerade einen geschichtspolitischen Beschlussantrag.

*Nachdem Du zuletzt im Abgeordnetenbüro der innenpolitischen Sprecherin unserer Bundestagsfraktion gearbeitet hattest, bist Du nun seit November 2019 für den SPD-Land-*

*tagsabgeordneten Ortwin Baier als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Wie vereinbarst Du das mit Deiner DIE LINKE-Mitgliedschaft?*

Ortwin und ich kennen uns schon etwas länger. Ich war ja sieben Jahre lang sein persönlicher Mitarbeiter, als er noch Bürgermeister von Blankenfelde-Mahlow war. In dieser Zeit haben wir zusammen so einiges durchgestanden. Das hat uns zusammengeschweißt und großes gegenseitiges Vertrauen geschaffen. Da lag es für mich nahe, ihn anzusprechen, als er das Direktmandat im Wahlkreis 25 (Teltow-Fläming III) gewann. Politisch verortet er sich eher auf dem linken Flügel der SPD. Ich habe also keine Bauchschmerzen, für ihn zu arbeiten.

*Was machst Du in Deiner Freizeit, wenn Du mal nicht politisch aktiv bist?*

Ich lese gerne Artikel und Bücher über politische und historische Themen und besuche gerne zusammen mit meiner Frau mittelalterliche Kirchen, Burgen, Schlösser und Museen. Seit etwa drei Monaten mache ich Kraftsport und Ausdauertraining, um physisch wieder etwas fitter zu werden. Meine körperliche Fitness hatte ich in den vergangenen Jahren nämlich ganz schön vernachlässigt.

nachgefragt hat  
**Maritta Böttcher**, Jüterbog

## DABEI SEIN:

### TERMINE UND AKTIONEN

**Vorstellung des Kandidatenteams Anja Mayer und Kathrina Slalina als Landesvorsitzende**

17.2., 18.30 Uhr, Kreishaus Luckenwalde, Kreisausschusssaal

**Beratung Vorstand TGL**

20.2., 18 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde

**7. Landesparteitag Brandenburg**  
22./23.2., AHORN-Hotel Templin

**Versammlung Ortsverband Rangsdorf**

2.3., 18 Uhr  
Rangsdorf, Friedensallee 21

**Beratung Regionalvorstand TF-Süd**

4.3., 19 Uhr, Bürgerbüro Jüterbog

**Frauenstammtisch**

**Regionalverband TF Süd**

8.3., 10 Uhr, Bürgerbüro Jüterbog

**Frauentagsfeier**

**Regionalverband TGL**

10.3., 15 Uhr, Bürgerbüro, Ludwigsfelde

**Frauentagsfeier Stadtverband**

**Luckenwalde/Nuthe-Urstromtal**

12.3., 15 Uhr, Kietztreff, Luckenwalde

**Gesamtmitgliederversammlung Kreisverband TF zur Auswertung des 7. Landesparteitages**

14.3., 10 Uhr, Luckenwalde, Bio-Park

**Beratung Redaktion Linksblick**

18.3., 17.30 Uhr

Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

**Beratung Kreisvorstand**

18.3., 19 Uhr

Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

**Gesamtmitgliederversammlung**

**Regionalverband TF Süd**

21.3., 10 Uhr, Bürgerbüro Jüterbog

**Beratung der BO-Vorsitzenden**

**Altkreis Zossen und Trebbin**

23.3., 18 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde

**Roter Bericht von Norbert Müller**

27.3., 18 Uhr

Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

**Linkstreff: mit Herrn Niepalla,**

**Leiter Soziales in Ludwigsfelde**

2.4., 18 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde

**7. FrühLINKSempfang**

**und Neumitgliedertreff**

3.4., 17 Uhr

Gaststätte »Am Bad«  
Dahme/Mark

**Beratung Regional-**

**vorstand TF-Süd**

7.4., 19 Uhr, Bürger-

büro Jüterbog

**Osterhasenfest**

11.4., 10 Uhr,

Schlosspark

Jüterbog



## 30. Familienfest

14 bis 18 Uhr, Boulevard Luckenwalde

14 Uhr Eröffnung durch Felix Thier, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming, Vorsitzender des Kreisverbandes der LINKEN

Zwischen 14 und 18 Uhr bei Live-Musik von »Phönix«, Showgruppen und weiteren Überraschungen für Auge und Ohr sowie

- der beliebten Tombola
- Kaffee und Kuchen
- Antiquariat: Bücher, Schallplatten, CD's
- Abgeordnetenzentrum mit Vertretern aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik
- Minibücher
- Quiz mit Sachpreisen
- Info-Stände von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften
- Um unsere kleinen Gäste kümmern sich OTTevent mit Hüpfburgen und Bastelständen
- Für das leibliche Wohl ist wie immer gesorgt.

**DIE LINKE.**

Kreisverband Teltow-Fläming

Geldspenden können auf unser Konto überwiesen werden. Sachspenden für die Tombola sind auch noch möglich.



7. FrühLINKSempfang und Neumitgliedertreff  
3.4., 17 Uhr  
Gaststätte »Am Bad«  
Dahme/Mark

Beratung Regionalvorstand TF-Süd  
7.4., 19 Uhr, Bürgerbüro Jüterbog

Osterhasenfest  
11.4., 10 Uhr,  
Schlosspark  
Jüterbog

## DIE LINKE. Teltow-Fläming **VOR ORT UND IM NETZ:**

### Geschäftsstellen und Bürgerbüros

**14943 Luckenwalde**  
Zinnaer Straße 36  
Telefon: 03371 632267  
Telefax: 03371 636936  
E-Mail: info@dielinke-tf.de  
dielinke-luckenwalde.de

**14913 Jüterbog**  
Große Straße 62  
Telefon: 03372 432691  
Telefax: 03372 443033  
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de  
dielinke-tf-sued.de

**14974 Ludwigsfelde**  
Albert-Tanneur-Straße 17  
Telefon: 03378 510653  
Telefax: 03378 510654  
E-Mail: ludwigsfelde@  
dielinke-tf.de  
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)

**Auch interessant:**  
dielinke-rangsdorf.de  
dielinke-zossen.de  
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

### Spendenkonto

Mittelbrandenburgische  
Sparkasse Potsdam(MBS)  
IBAN:  
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe  
und Zuschriften sind  
ausdrücklich  
erwünscht.**

### Nächste Ausgabe:

**15. April 2020**

Redaktionsschluss:

29. März 2020

### Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.  
Kreisverband Teltow-Fläming  
V.i.S.d.P.: Felix Thier  
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de  
Redaktion: Maritta Böttcher  
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de  
Redaktionsschluss: 29. Januar 2020  
Layout und Druck: MediaService GmbH  
Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,  
100% Recycling  
Auflage: 2.000, Februar 2020  
Veröffentlichte Beiträge müssen  
nicht in jedem Fall mit der Meinung  
des Herausgebers übereinstimmen.

## VORGESTELLT:



Einer von uns

## Paul Herzlieb

27 Jahre alt, Student für Öffentliche Verwaltung, wohnt seit seiner Geburt in Ludwigsfelde.

### Was ist für dich links?

*Für mich ist links ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Toleranz und der Solidarität gegenüber allen Menschen. Vor allem jedoch der antifaschistische und antikapitalistische Lebensgedanke.*

### Was regt dich auf?

*Mich regt das Verhalten des US-Präsidenten Trump auf, der immer wieder mit Nichtwissen und Lügen glänzt. Dazu kommt sein Vorgehen in der weltweiten Sicherheitspolitik: Man muss jeden Tag hoffen, dass er nicht schon wieder etwas Dummes angestellt hat, was möglicherweise einen Krieg nach sich zieht.*

### Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

*Die Halb- und Unwissenheit zum Thema Organspende hat mich überrascht, vor allem in Bezug auf die doppelte Widerspruchslösung. Da ich das Thema interessiert verfolgt habe, fand ich es erschreckend, wie in den sozialen Netzwerken immer wieder von einem Zwang zur Spende geschrieben wurde.*

### Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

*Ich lebe sehr gerne in Ludwigsfelde. Ich wurde hier geboren und möchte es nicht missen. Besonders gefällt mir, dass es hier fast alles gibt, was man zum Leben braucht und wenn doch etwas fehlt, ist*

*Berlin nicht weit.*

### Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

*Ich schätze Menschen mit einer neutralen und offenen Grundhaltung und Humor, die bereit sind mit Engagement für ihre Ideale einzutreten.*

### Wie sollte Ludwigsfelde in zehn Jahren aussehen oder was wünschst du dir für Ludwigsfelde? Anders gesagt: wovon träumst du?

*Ludwigsfelde wächst immer weiter und es sollte darauf geachtet werden, dass das Mietpreisniveau nicht zu rasant ansteigt. Es sollte mehr sozialer Wohnungsbau betrieben werden. Andernfalls befürchte ich, dass Ludwigsfelde ein zweites Kleinmachnow wird, in dem sich Alteingesessene das Wohnen nicht mehr leisten können. Ich träume davon, dass Ludwigsfelde eine Vorzeigestadt für den sozialen Wohnungsbau wird.*

### Was bedeuten dir Kunst und Kultur?

*Für mich spielen Kunst und Kultur eine wichtige Rolle in meinem Leben. Ohne Musik würde ich keinen Tag überstehen. Ich gebe jedes Jahr mindestens 150 bis 200 Euro für verschiedenste Konzerte und Comedyveranstaltungen aus. Musik schafft es, neben dem Sport, mit einer spielerischen Leichtigkeit Menschen jeglicher Herkunft miteinander zu vereinen und das gefällt mir besonders gut.*

## Verkehrswende Brandenburg jetzt!

DIE LINKE. Teltow-Fläming unterstützt die Volksinitiative »Verkehrswende Brandenburg jetzt!«:

Auf der gemeinsamen Klausurtagung in Jüterbog riefen die Kreistagsfraktion und der Kreisvorstand der LINKEN TF dazu auf, die Volksinitiative »Verkehrswende Brandenburg jetzt!« zu unterzeichnen. Ziel muss es sein, mehr Mobilität mit weniger Verkehr zu erreichen. Zugleich muss Mobilität ein Grundrecht sein, das allen Menschen zusteht. Daher soll der Verkehr nach sozialen und ökologischen Zielen organisiert werden. Kernforderung der Volksinitiative ist ein umfassendes Mobilitätsgesetz für Brandenburg. Die Verkehrswende ist essentiell für mehr soziale Gerechtigkeit und konsequenten Klimaschutz. Die Ziele der Volksinitiative decken sich mit den Forderungen der Brandenburger LINKEN. Unser Ziel ist letztlich die

Einführung eines entgeltfreien und fahrscheinlosen Nahverkehrs.

Die Volksinitiative fordert zudem, dass das Land die Kommunen finanziell und organisatorisch dabei unterstützt, das Fahrrad als Alltagsverkehrsmittel zu stärken und deutlich auszubauen.

Gerade in unserem Landkreis pendeln viele Menschen z. B. nach Berlin. Immer mehr nutzen dafür den öffentlichen Verkehr. Doch auf vielen Regionalbahnlinien geht zukünftig ohne schnelle Kapazitätserweiterung und Infrastrukturausbau nichts mehr. Die Volksinitiative fordert deshalb eine Kapazitätsverdoppelung zu Spitzenzeiten und die Reaktivierung von stillgelegten Strecken, so dass Pendler\*innen Berlin von jedem Brandenburger Oberzentrum in einer Stunde, von jedem Mittelzentrum in 90 Minuten und von jeder anderen Gemeinde in maximal zwei Stunden

erreichen können.

Außerdem will die Volksinitiative erreichen, dass es bessere Fahrradmitnahmemöglichkeiten im Nahverkehr gibt.

Die Unterschriftenlisten liegen ab sofort in den Geschäftsstellen in Luckenwalde und Jüterbog aus. Auch bei Veranstaltungen der LINKEN. TF werden bis August 2020 Unterschriften gesammelt.

**Mehr über die Volksinitiative Verkehrswende: [verkehrswende-brandenburg.vcd.org/startseite/](https://www.verkehrswende-brandenburg.vcd.org/startseite/) Carsten Preuß, Zossen**



Haben unterschrieben: Monika Nestler, Annekathrin Loy und Anke Scholz